

Niederschrift

über die 9. öffentliche Sitzung der am 1. März 2009 gewählten **Gemeindevertretung** der Stadtgemeinde Oberndorf, welche am Mittwoch, dem **21. April 2010**, um 19.00 Uhr im Krankenhaus Oberndorf stattgefunden hat.

Tagesordnung:

1. Eröffnung und Begrüßung durch den Bürgermeister, Feststellung der Beschlussfähigkeit; Fragestunde für die Gemeindebürger
2. Beschlussfassung der Niederschrift vom 03.03.2010
3. Berichte des Bürgermeisters
4. Jahresrechnung 2009
5. Jahresrechnung 2009 Stadtgemeinde Oberndorf Immobilien KG
6. Stadtgemeinde Oberndorf - Neubau HAK/HAS/PTS; Vergabe Finanzierungsdarlehen
7. Stadtgemeinde Oberndorf Immobilien KG - Neubau HAK/HAS/PTS; Beauftragung Baufeldfreimachung/Außenanlagen
8. Stadtgemeinde Oberndorf Immobilien KG - Übertragung der Pflichtaufgaben Hauptschule Oberndorf
9. Aufträge, Anschaffungen
10. Subventionen
11. Allfälliges

Anwesende:

Bürgermeister Peter Schröder
1. Vizebürgermeister Otto Feichtner
Stadträtin Waltraud Lafenthaler
Stadtrat Dietmar Innerkofler
Stadtrat Wolfgang Stranzinger
GV Marion Reitsamer
GV Josef Auzinger
GV Wolfgang Oberer - erscheint um 19.05 Uhr
GV Ing. Josef Eder
GV Michael Hillebrand, MAS
GV Bärbel Stahl
GV Ing. Florian Moser
2. Vizebürgermeisterin Sabine Mayrhofer
Stadtrat Mag.(FH) Hannes Danner
GV Gerhard Rosenstatter
GV Anna Schick
GV Peter Illinger
GV Martin Neumeier
Stadtrat Dietmar Prem
GV Johann Tutschka
GV Dipl.-Ing. Hans Weiner
Stadträtin Maria Petzlberger
GV Dr. Andrea Voggenhuber
GV Josef Hagmüller
GV Anneliese Höller

Weiters anwesend:

Ewald Feichtinger, Finanzberater, zu TOP 6. - 8.
Dipl.-Ing. Stephan Kettl zu TOP 6. - 7.
Dr. Gerhard Schäffer, Amtsleiter

Doris Moßhammer, Leiterin Finanzverwaltung

Schriftführerin: Gabriele Niederstrasser

Es waren 3 Zuhörer anwesend.

Verlauf und Ergebnisse der Sitzung:

1. Eröffnung und Begrüßung durch den Bürgermeister, Feststellung der Beschlussfähigkeit; Fragestunde für die Gemeindebürger

Bürgermeister Schröder begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung um 19.00 Uhr. Er stellt fest, dass aufgrund der Anwesenheit von 24 Gemeindevertretungsmitgliedern die Beschlussfähigkeit des Gremiums gegeben ist. Die Tagesordnung wurde zeitgerecht und ordnungsgemäß zusammen mit der Einberufung zu dieser Sitzung zugestellt. Es bestehen dagegen keine Einwände.

Da seitens der anwesenden Zuhörer keine Fragen bestehen, entfällt die Bürgerfragestunde.

2. Beschlussfassung der Niederschrift vom 03.03.2010

Der Bürgermeister stellt den **Antrag, das Protokoll der Sitzung vom 3. März 2010 zu beschließen.**

Offene Abstimmung (24 Gemeindevertretungsmitglieder anwesend): Wird einstimmig beschlossen.

3. Berichte des Bürgermeisters

3.1. Flächendeckende Lkw-Maut - Resolution der Gemeindevertretung

Mit Schreiben vom 31. März 2010 teilt das Bundeskanzleramt zu unserer Resolution vom 18. November 2009 bezüglich der Einführung einer flächendeckenden Lkw-Maut mit, dass die bisherigen Untersuchungen keine klare Präferenz für die Einführung einer flächendeckenden Kilometerabgabe für Schwerfahrzeuge gezeigt haben. Somit werden derzeit keine Änderungen vollzogen.

- *19.05 Uhr - es erscheint GV Oberer, somit sind 25 Gemeindevertretungsmitglieder anwesend.*

3.2. EURATOM-Volksbegehren

Es wird daran erinnert, dass noch bis 30. Juni die Unterstützungserklärungen für das Volksbegehren zum Ausstieg aus dem EURATOM-Vertrag im Stadtamt aufliegen und bis dahin die Möglichkeit zur Unterschriftsleistung gegeben ist.

4. Jahresrechnung 2009

Bürgermeister Schröder hält fest, dass es eine Überprüfungsausschuss-Sitzung gab. Obmann Josef Hagmüller ist anwesend und wird ersucht, über das Ergebnis zu berichten.

GV Hagmüller: Es gab eine offene Frage bezüglich der Erhöhung der Personalkosten von 2008 auf 2009, die nicht geklärt werden konnte, da die zuständige Sachbearbeiterin auf Urlaub war. Bis auf diese eine Frage wurden alle weiteren zufriedenstellend beantwortet. Der Überprüfungsausschuss empfiehlt daher der Gemeindevertretung, die Jahresrechnung zu beschließen.

Bürgermeister Schröder erläutert die nachstehenden Unterlagen, die er mittels Power-Point-Präsentation veranschaulicht, wie folgt: Es hat bei den Gemeindeabgaben einen Ertrag von € 1,311.847,- gegeben. Die Ertragsanteile aus den Jahren 2007 und 2009 liegen etwa gleich. 2009 hatten wir Mindereinnahmen, die sich natürlich ausgewirkt haben, was wir aber im Vorhinein gewusst haben. Wir haben ein Endergebnis von € 3,994.000,-. Hier spiegelt sich der abgestufte Bevölkerungsschlüssel wider. Gemeinden, die keinen Zuwachs haben, sind die Verlierer. Man sieht das auch bei der Strukturhilfe für finanzschwache Gemeinden. Somit ist das Ergebnis weit unter dem des Jahres 2008. Das ist natürlich keine erfreuliche Entwicklung und auch 2009 deutlich zu sehen. Es war notwendig, mit den Mitteln so sparsam wie möglich umzugehen.

Insgesamt haben wir aufgewendet: € 487.000,- für die Hauptverwaltung (beinhaltet sind Abfertigungen für Pensionierungen), € 126.000,- für das Feuerwehrwesen, für die Berufsschulen mussten, weil mehr Lehrlinge sind, gegenüber dem Vorjahr um € 16.000,- mehr aufgebracht werden, was eine erfreuliche Entwicklung ist. Zu den Personalkosten im Kindergarten: Hier haben wir Aufwendungen von € 578.000,-. 2008 haben wir für ein Kind € 3.482,- dazu gezahlt, 2009 waren es € 3.244,-, obwohl wir um eine altersgemischte Gruppe mehr betrieben und auch mehr Personal gebraucht haben. Über Beiträge und mit Unterstützung des Landes wurde dies wieder hereingebracht. Im Bereich Kinderbetreuung und Jugendunterstützung (Jugendzentrum, Tagesmütter, Jugendarbeit Sportvereine, Musikum etc.) ist die Gemeinde Oberndorf sehr gut unterwegs. Es werden dafür sehr viele Mittel aufgewendet, ebenso für Heimat- und Denkmalpflege sowie Ortsgestaltung sowie die Verwaltung von Liegenschaften. Die Sozialausgaben steigern sich leider jedes Jahr und sind kaum mehr zu bewältigen. 2009 war hier trotz einer Minderung der Ertragsanteile und Schlüsselzuweisungen eine Steigerung von 4 % zu verzeichnen, das waren gegenüber dem Vorjahr um fast € 30.000,- mehr. Aufwendungen für die Krankenanstalten: € 447.000,-. Der Contracting-Vertrag für die Straßenbeleuchtung ist ausgelaufen. Dadurch haben wir jetzt eine Einsparung von € 32.000,-. Es macht sich also bezahlt, dass wir das seinerzeit so gemacht haben.

Zur Verwaltungsgemeinschaft: Im letzten Lenkungsausschuss konnten wir Zahlen präsentieren, die sich sehen lassen können. Für Betrieb und Annuitäten beider Häuser zusammen können wir eine Kennzahl von € 4,81 vorweisen (Oberndorf € 2,42, Bürmoos € 7,40 - hat damit zu tun, dass Bürmoos noch nicht voll besetzt war). Wir sind gut unterwegs. Als Vergleich Oberndorf im Jahr 2007 (jenes Jahr mit den ersten tatsächlichen Erfahrungswerten): Tagesverpflegungssatz € 4,69. Die Verwaltungsgemeinschaft hat sich als richtig herausgestellt. Alle Gemeinden miteinander haben die richtige Entscheidung getroffen. Die Hauptverantwortlichen und das Stadtamt als Koordinationsstelle haben hier gute Arbeit geleistet.

Zur Entwicklung der Ertragsanteile: Hier spiegelt sich der laufende Transfer an das Land wider. Die Ertragsanteile selbst sind gesunken, der Transfer ist gestiegen von 26,28 % im Jahr 2008 auf 29,59 % 2009.

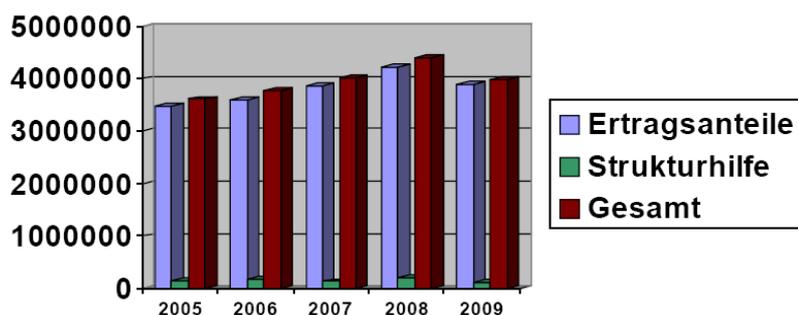
Die Sozialhilfe steigt leider stetig und erreicht Höhen, die wir uns wahrscheinlich bald nicht mehr leisten können, wenn im Finanzausgleich nicht etwas passiert.

Zu Kommunalsteuer, Entwicklung Kanalgebühr und Wasserzins: Der Wasserzins fällt leicht, die Kanalgebühr stark. Die Kommunalsteuer weist eine Steigerung von € 50.000,- auf. Es

wird in Oberndorf viel investiert, das ist an den Bauvorhaben zu sehen. Oberndorf hat eine gut florierende mittelständische Wirtschaftsstruktur. Das ist eine gewisse Absicherung.

Zur Personalentwicklung: Die Steigerung gegenüber 2008 liegt bei 0,73 %. Es hat 2009 eine Lohnerhöhung um 3,55 % gegeben. Hier kann ich also nicht sehen, dass seitens des Bürgermeisters eine Situation zur Steigerung der Personalkosten herbeigeführt wird. Diese sind sogar weniger gestiegen als die gesetzliche Lohnerhöhung, überdies wurden einige Abfertigungen bezahlt.

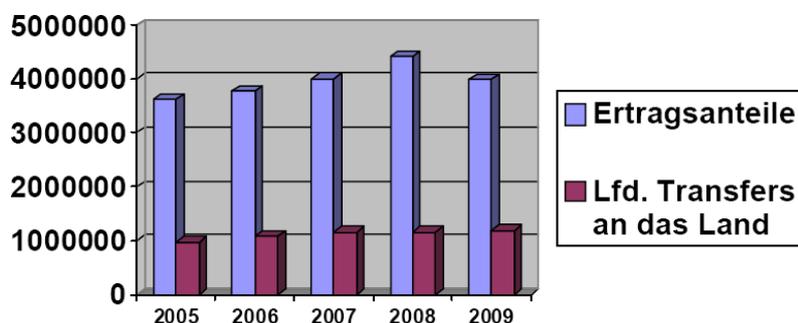
**Entwicklung Ertragsanteile und Strukturhilfe
2005-2009**



Ertragsanteile

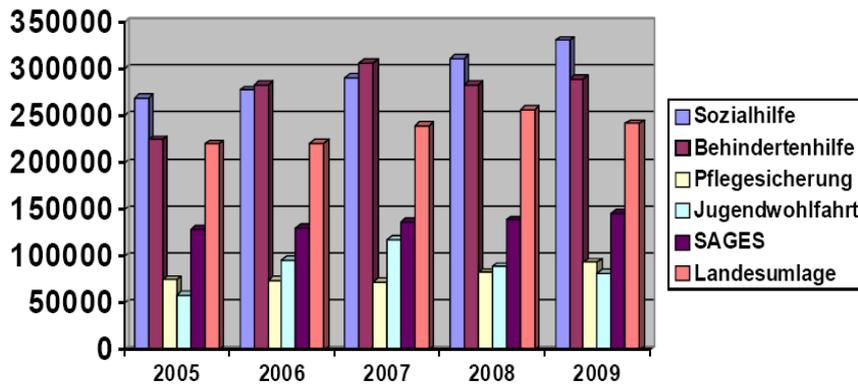
Kontierung	Text	JR 2005	JR 2006	JR 2007	JR 2008	JR 2009
2/9250/8590	Bedarfsausgleich	237.649,18	249.555,96	254.364,00	267.532,92	277.913,28
2/9250/8592	nach abgestuftem Bev.Schlüssel	3.002.409,68	3.101.213,06	3.373.350,74	3.690.566,91	3.349.191,65
2/9250/8593	Getränkesteuerausgleich	193.354,23	204.412,43	204.695,47	215.584,69	216.976,67
2/9250/8594	Werbenausgleich	22.309,00	24.995,40	25.567,97	26.733,96	24.889,76
2/9250/8595	Finanzzuweisung gem. § 11 (5)	15.108,48	15.107,34	15.107,34	16.292,99	17.763,48
	Zwischensumme	3.470.830,57	3.595.284,19	3.873.085,52	4.216.711,47	3.886.734,84
2/9470/8610	Strukturhilfe finanzschw.Gem.	146.858,05	183.709,15	134.955,81	198.339,29	107.480,23
Ertragsanteile		3.617.688,62	3.778.993,34	4.008.041,33	4.415.050,76	3.994.215,07

**Entwicklung Ertragsanteile zu lfd.
Transferzahlungen an das Land 2005-2009**



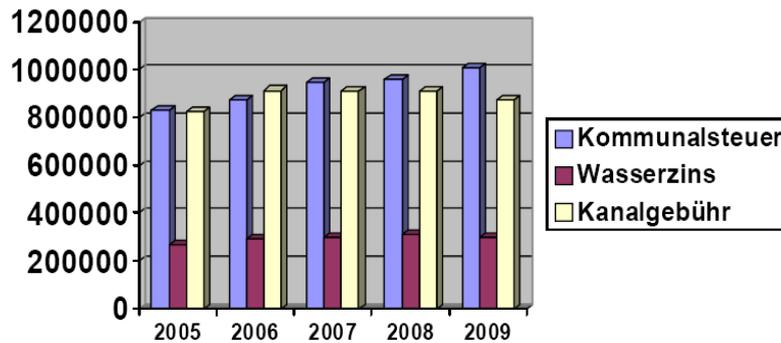
Bezeichnung	JR 2005	JR 2006	JR 2007	JR 2008	JR 2009
Ertragsanteile	3.617.688,62	3.778.993,34	4.008.041,33	4.415.050,76	3.994.215,07
lfd. Transfers an das Land	975.727,83	1.081.793,86	1.163.335,49	1.160.478,42	1.182.060,05
in % zu Ertragsanteilen	26,97	28,63	29,03	26,28	29,59

Entwicklung lfd. Transferzahlungen an das Land 2005-2009



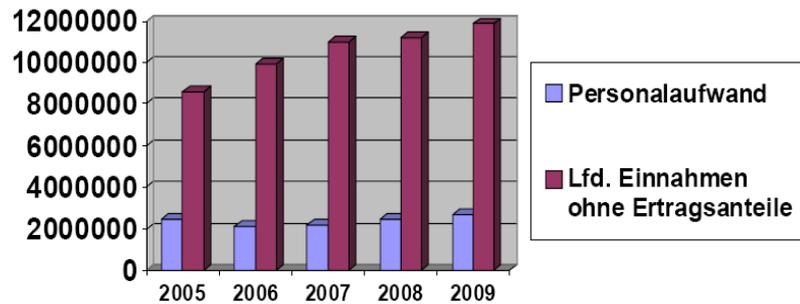
	2005	2006	2007	2008	2009
Sozialhilfe	268.812,00	277.534,00	290.453,00	310.779,00	330.510,00
Behindertenhilfe	224.724,00	283.201,00	306.919,00	282.938,00	289.199,00
Pflegesicherung	75.226,00	74.186,00	72.505,00	82.515,00	93.504,00
Jugendwohlfahrt	58.332,00	95.694,00	117.934,00	88.854,00	81.588,00
Summe	627.094,00	730.615,00	787.811,00	765.086,00	794.801,00
SAGES	128.436,20	130.229,50	136.060,30	138.668,00	145.879,00
Landesumlage	220.197,63	220.949,36	239.464,19	256.724,42	241.380,05
Summe	975.727,83	1.081.793,86	1.163.335,49	1.160.478,42	1.182.060,05

Entwicklung Kommunalsteuer, Wasserzins und Kanalgebühr 2005-2009



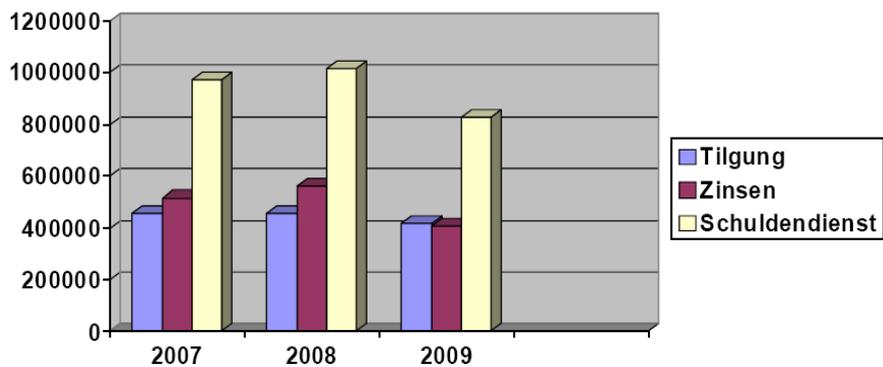
Bezeichnung	JR 2005	JR 2006	JR 2007	JR 2008	JR 2009
Kommunalsteuer	831.070,63	871.713,52	949.083,25	957.696,46	1.008.664,75
Wasserzins	269.410,54	290.259,42	299.976,92	308.690,68	296.210,29
Kanalgebühr	826.389,42	912.505,79	910.822,12	908.169,52	872.669,05

Personalentwicklung im Verhältnis zu den Einnahmen 2005-2009



	2005	2006	2007	2008	2009
Personalaufwand	2.457.137,80	2.114.390,64	2.184.142,57	2.479.738,98	2.657.324,52
lfd. Einnahmen ohne Ertragsanteile	8.599.400,00	9.915.000,00	11.004.600,00	11.181.700,00	11.859.800,00
in % d. lfd. Einnahmen ohne Ertragsant.	28,57	21,33	19,85	22,18	22,41

Entwicklung Tilgung-Zinsen-Gesamtschuldendienst

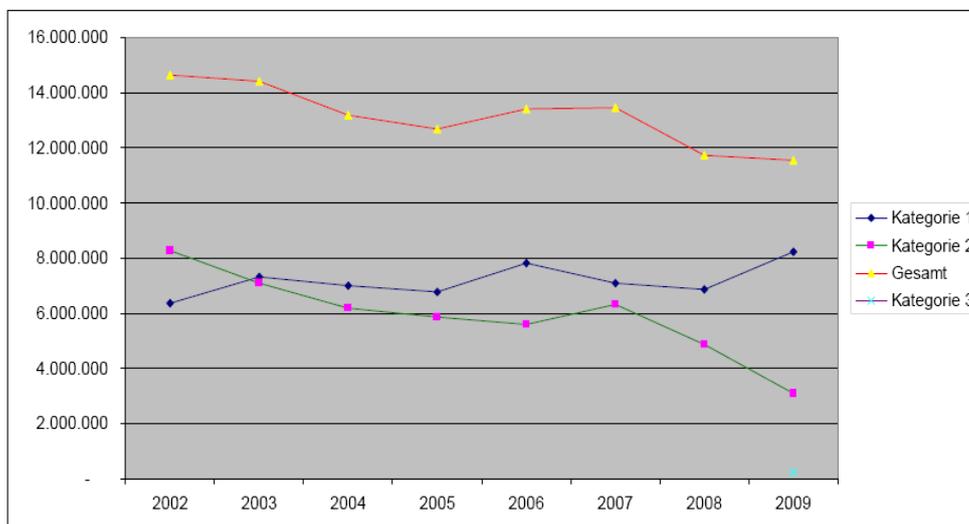


	2007	2008	2009
Tilgung	456.774,27	455.638,21	417.908,13
Zinsen	516.003,17	560.754,42	409.214,11
Gesamt	972.777,44	1.016.392,63	827.122,24

Entwicklung Darlehen vom 31.12.2002 bis 31.12.2009

	31.12.2002	31.12.2003	31.12.2004	31.12.2005	31.12.2006	31.12.2007	31.12.2008	31.12.2009
Kategorie 1	6.379.323	7.316.199	7.020.465	6.781.162	7.798.518	7.106.716	6.863.985	8.205.214,00
Kategorie 2	8.275.403	7.110.651	6.164.834	5.883.844	5.602.130	6.326.032	4.849.160	3.090.022,00
Kategorie 3								230.368,00
Gesamt	14.654.726	14.426.850	13.185.299	12.665.006	13.400.648	13.432.749	11.713.144	11.525.604,00

Kategorie 1: Schulden deren Schuldendienst mehr als zur Hälfte aus allgemeinen Deckungsmitteln getragen wird.
 Kategorie 2: Schulden für Einrichtungen bei denen jährlich ordentl.Einnahmen von mindestens 50 % der ordentl.Ausgaben erzielt werden.



Bürgermeister Schröder eröffnet die Diskussion.

GV Dipl.-Ing. Weiner ergänzt zum Verständnis, dass die Definition der „Zahl für den Belagstag“ in der Verwaltungsgemeinschaft der Seniorenwohnhäuser mit € 4,66 falsch sei, vielmehr müsste es heißen, dass nach der Gegenüberstellung von Ausgaben und Einnahmen ein Rest verbleibt, den die Gemeinde pro Belagstag zuzuschießen hat. Dieser Restbetrag beläuft sich auf eine Höhe von € 4,66. Er habe im Ausschuss gebeten, dass diese Kennzahl weitergeführt wird, weil dies ein Beweis für die Sinnhaftigkeit der Verwaltungsgemeinschaft ist.

Bürgermeister: Diese Kennzahl wird bereits seit 2007 als Vergleich geführt.

Stadtrat Prem stellt einige Fragen bzw. macht Anmerkungen, z. B. zum Steg, der mit € 52.000,-- zu Buche schlägt, wovon € 10.000,-- auf die Betriebskosten entfallen - ein eher niedriger Betrag - und € 42.000,-- an Leasing-Kosten. Wäre eine andere Finanzierungsmöglichkeit gefunden worden, wäre man besser dran.

Die Betriebskosten allgemein verzeichnen einer erfreuliche Entwicklung.

Wodurch ergibt sich das Plus von € 8.400,-- bei der Instandhaltung der Kinderspielplätze?

Was wurde hier gespart?

Bürgermeister: Das können wir jetzt im Moment nicht sagen. Vor Erstellung des Voranschla- ges gibt es Budgetwünsche, die eingebracht und nicht umgesetzt wurden (z. B. könnte dies vom Bauhof gekommen sein). Dies wäre eine Frage für den Überprüfungsausschuss gewe- sen, da hätten wir im Amt nachschauen können.

Stadtrat Prem ersucht, dies bis zur nächsten Sitzung zu klären und fährt mit seinen Anmer- kungen fort. Die Einnahmen aus Interessenbeiträgen für Kanalan schlüsse waren mit € 120.000,- veranschlagt, tatsächlich eingenommen haben wir € 425.816,-, also einerseits Mehreinnahmen von über € 305.000,-, andererseits, wenn man die Tilgungen des Reinhalt- everbandes betrachtet, wurde an Rückzahlungen nichts getätigt. Warum wurden nicht die gesamten € 425.000,- dem Reinhaltverband zur Verfügung gestellt?

Unter Finanzwirtschaft „Druckwerke“ sind im Voranschlag € 216.000,- angeführt, die tat- sächlichen Ausgaben betragen € 284.000,-, also um rund € 70.000,- mehr. Da ist ein Er- eignis eingetreten, wo man sich den Betrag offensichtlich wieder geholt hat.

Wofür sind € 12.760,- Rechtskosten?

Dipl.-Ing. Kettl: Es gab über einige Jahre den Fall, dass Organe des Reinhaltverbandes in der Causa „Oberndorfer Druckerei“ beschuldigt waren. Das Verfahren wurde zwischenzeit- lich eingestellt und dieser Betrag sind die Kosten, die aus dem Verfahren erwachsen sind.

Stadtrat Prem weiter: Beim Krankenhaus - sonstige Ausgaben PPP-Modell - scheint ein Be- trag von € 29.500,- auf.

Frau Moßhammer erklärt die entsprechende Abrechnung. Zur Frage hinsichtlich der Position „Schadensfälle“, die eine Summe von € 23.000,- aufweist, hält sie fest, dass es sich hier um Patientenabrechnungen handelt, die nicht eingebracht werden können.

Dipl.-Ing. Kettl erklärt Herrn Prem zum Thema Wasserversorgung/Wasserleitungskataster, weshalb im Vorjahr eine Rechnung mit € 5.500,- bezahlt und heuer wieder rückgeführt wur- de.

Stadtrat Prem fasst zusammen: Der Schuldenstand plus Haftungen beträgt € 28,5 Mio., 19,7 Mio. € befinden sich im Ordentlichen Haushalt. 2008 hatten wir ähnliche Schulden, 2004 wa- ren es 23,6 Mio. im Ordentlichen Haushalt. Dies entwickelt sich nicht zum Guten und wir wissen, dass es nicht gut läuft. Wir hatten auch vereinbart, dass Rücklagen und Rückzah- lungen gesondert ausgewiesen werden, worum in Zukunft wieder gebeten wird. Zum Annu- tätendienst sei festgehalten: Tilgungen werden weniger, Schulden werden mehr, Haftungen werden mehr.

Frau Moßhammer erklärt dazu, dass bei den Tilgungen 2008 die Abwicklung der Übergabe des Krankenhauses dabei ist. Heuer ist die Zinsbelastung so gering, weil das Zinsniveau so niedrig ist. Die Tilgungen wurden entsprechend angepasst.

Bürgermeister Schröder ergänzt zum Vergleich der Budgetmittel der Jahre 2004 mit 2007 und 2009, dass 2004 das Krankenhaus noch zur Gänze enthalten war. Der Schuldenstand von 2009 ist gegenüber 2008 gesunken.

Dipl.-Ing. Kettl erklärt den Grund für die angesprochenen Verbuchungen im Bereich der Inte- ressentenbeiträge. Hier handelt es sich um steuer- förderliche Maßnahmen, um eine optimale finanzielle Abwicklung zu garantieren.

Stadtrat Mag.(FH) Danner merkt zur Präsentation an, dass auch eine Gegenüberstellung des Personalaufwandes im Verhältnis zum Gesamtaufwand der Gemeinde interessant gewesen wäre. Weiters stellt er fest, dass Doris Moßhammer erstmals den Jahresabschluss gemacht hat, es konnten alle offenen Fragen im Vorfeld geklärt werden und sie hat gut informiert.

Erfreulich ist die Entwicklung der gemeindeeigenen Steuern. Ich hoffe, dass dies 2010 so bleiben wird. Positiv war natürlich auch die Entwicklung des Zinsniveaus. Über die kreative Gestaltung (Nachtragsvoranschlag 2009 und Voranschlag 2010) haben wir bei der Budgetsitzung bereits ausführlich diskutiert.

Die Entwicklung der Verwaltungsgemeinschaft ist erfreulich. Aus unserer Sicht sollte das Ziel möglich sein, Betrieb und Annuitäten mit den Beiträgen abzudecken. Früher ist dies manchmal gelungen. Mir ist bewusst, dass dies von den Pflegestufen und dem Belag abhängt.

Die Entwicklung bei den Kindergärten ist in Summe dramatisch. Bei den Kindergärten I und III haben wir nur 9 % Deckung der Ausgabenseite durch Beiträge der Eltern, im Kindergarten II sind es 26 % (ergibt sich durch die Abgangsdeckung der Gemeinde Göming).

Die Jahresrechnung stellt unsere Beschlüsse im vergangenen Jahr dar und hält uns den Spiegel vor, was wir im letzten Jahr im Prinzip gemeinsam beschlossen haben. Die Entwicklung ist derzeit bedenklich. Es ist nach wie vor notwendig, dass man strukturell noch etwas eingreift. Wir werden der Jahresrechnung 2009 unsere Zustimmung erteilen.

Bürgermeister: Was die Abdeckung des Betriebes und der Annuitäten im Seniorenwohnhaus durch Beitragseinnahmen betrifft und der Haushalt dadurch ausgeglichen war, so kann ich mich nicht daran erinnern, wann das gewesen sein soll, doch wir werden nachsehen.

Zum Kindergartenbetrieb möchte ich einen kurzen Vergleich bringen: Als im Jahr 1980 der Kindergarten I in der Watzmannstraße eröffnete, waren dort 118 Kinder, die in 4 Gruppen durch insgesamt 6 Personen betreut wurden. Heute werden in zwischenzeitlich 3 Kindergärten insgesamt 196 Kinder in 12 Gruppen von 24 Personen betreut.

Ich bin für jeden Vorschlag dankbar, was die strukturellen Maßnahmen betrifft. Ihr seid dazu herzlich bei der Erstellung des Budgets 2010 eingeladen.

Stadtrat Stranziger (erläutert seine schriftlich vorbereitete Wortmeldung, welche per Mail an die Schriftführung ging und wörtlich übernommen wurde):

„Nachdem die Jahresrechnung für das Jahr 2009 - bekannterweise und oft zitiert - ja der Ausfluss oder das Ergebnis vom Budget 2009 ist, möchte ich mich kurz halten - das Budget ist ja schon ausführlich diskutiert worden. Ich möchte aus unserer Sicht nur ein paar wesentliche Punkte herausgreifen.

Natürlich als positiv ist das Ergebnis mit einem Überschuss von Euro 8.000,-- zu werten, erfreulich ist auch der Anstieg der Kommunalsteuern um fast 51.000,-- Euro. Das war das erste Mal seit ich in der Gemeindevertretung bin, dass eine Erhöhung in diesem Ausmaß erfolgt ist. Bleibt zu hoffen, dass dieser positive Trend auch in den kommenden Jahren anhält. Besonders wichtig für uns sind die gewährten Subventionen an diverse Vereine und Institutionen, die eine vorbildliche kulturelle Arbeit und Jugendarbeit für unsere Stadt und für unsere Region leisten - in gesamter Höhe von 178.000,--.

Ein paar Beispiele dazu: Jugendförderung rund 37.000,-- / Sportförderung 56.000,-- - davon für die Sanierung der Halle des Turnvereines 30.000,-- / Kulturförderung von rund 76.000,-- - davon für Sanierung der Pfarrkirche 23.000,-- und für die Pfadfinder 40.000,-- und nicht zuletzt die Ferienaktion, die immer sehr gut angenommen wird, mit rund 25.000,--.

Trotz der anhaltenden Wirtschaftskrise ist es hier zu keinen Verminderungen oder Streichungen gekommen.

Die Jahresrechnung war aber leider auch geprägt vom Rückgang der gesamten Ertragsanteile im Vergleich zu 2008 um über 400.000,-- Euro, wobei sich diese Entwicklung bedauerlicherweise auch 2010 fortsetzen wird. Gleichzeitig sind aber auch die Transferleistungen, die wir an das Land abführen müssen, um fast 30 % gestiegen.

Trotzdem hat sich der Schuldenstand um fast 190.000,-- Euro im Vergleich zu 2008 verringert.

Natürlich haben auch wir vom niedrigen Zinsniveau profitiert - aber nicht zu vergessen auch von der geänderten Rechtsform der Betriebsführung des KH- PPP-Modell, von der Gründung der Immobilien KG und von der Verwaltungsgemeinschaft der Seniorenwohnhäuser Oberndorf-Bürmoos, wo dementsprechend auch Synergien erzielt werden können. Die Verwaltungsgemeinschaft entwickelt sich mittlerweile auch sehr gut - das kann man an den vorliegenden Belagszahlen ersehen.

Ohne diese - mit Weitblick von Bürgermeister Schröder eingeführten Maßnahmen - würde das Ergebnis der Jahresrechnung 2009 wohl etwas anders ausschauen! Selbstverständlich stimmen wir der vorliegenden Jahresrechnung zu.“

Stadträtin Petzlberger: Alles Wesentliche wurde schon gesagt. Herzlichen Dank an Doris Moßhammer und Team für die Arbeit, sie hatten immer Zeit für unsere Fragen. Wir stimmen der Jahresrechnung zu. Wir finden, es wird viel für die Jugendförderung getan, das ist eine tolle Sache. Ich denke, wir haben so alles gesagt.

Da keine Wortmeldungen mehr vorliegen, stellt der Bürgermeister den **Antrag, die Jahresrechnung 2009 der Stadtgemeinde Oberndorf zu beschließen.**

Offene Abstimmung (25 GV anwesend): Wird einstimmig beschlossen.

5. Jahresrechnung 2009 Stadtgemeinde Oberndorf Immobilien KG

Die Erläuterungen zu dieser Jahresrechnung sind dem Gremium bekannt, sie lagen schriftlich im Fraktionsordner auf. Gleichzeitig wurde jeweils eine Ausgabe der Jahresrechnung den Fraktionsobleuten zum Studium zur Verfügung gestellt.

Frau Moßhammer erklärt nochmals überblicksweise die Zusammenstellung der vorliegenden Zahlen (Einnahmen und Ausgaben der Hauptschule mit einem Gesamtbetrag € 244.970,29, Errichtungskosten/Architektenwettbewerb Schulneubau HAK/HAS/PTS - abgerechnete Kosten im Jahr 2009).

Da keine Wortmeldungen vorliegen, stellt der Bürgermeister den **Antrag, die Jahresrechnung 2009 der Stadtgemeinde Oberndorf Immobilien KG zu beschließen.**

Offene Abstimmung (25 GV anwesend): Wird einstimmig beschlossen.

6. Stadtgemeinde Oberndorf - Neubau HAK/HAS/PTS; Vergabe Finanzierungsdarlehen

Folgender Amtsbericht liegt vor:

„In der Gemeindevertretungssitzung vom 03.03.2010 wurde die Ausschreibung eines Darlehens für die Finanzierung des Neubaus der HAK/HAS/PTS durch die Stadtgemeinde Oberndorf für die Stadtgemeinde Oberndorf Immobilien KG beschlossen. Das Darlehen wird durch die Stadtgemeinde aufgenommen und der KG zur Verfügung gestellt. Die Refinanzierung erfolgt über den bereits beschlossenen Mietvertrag sowie den Untermietvertrag mit dem BMUKK.“

Die Ausschreibung wurde durch die Firma Financial Service solutions & more GmbH durchgeführt. Das detaillierte Ausschreibungsergebnis stand den Fraktionen im Fraktionsordner zur Verfügung.“

Zu diesem Tagesordnungspunkt wurde Herr Feichtinger von der ausschreibenden Firma geladen, der die Thematik wie folgt erläutert:

Der Auftrag war, eine EU-weite Ausschreibung eines Darlehens über insgesamt € 22,7 Mio. zur Finanzierung des neuen Schulgebäudes durchzuführen, die Darlehensangebote einer Analyse zu unterziehen, den Bestbieter zu ermitteln und eine Vergabeempfehlung abzugeben. Die Anbieter erhielten eine exakte Vorgabe, 6 Banken haben sich an der Ausschreibung beteiligt (Raiffeisenverband Salzburg, Salzburger Sparkasse Bank AG, BankAustria Unicredit Group, BAWAG PSK Bank AG, Kommunalkredit AG, Salzburger Landeshypothekenbank AG).

Herr Feichtinger hat in seiner vorgelegten Ergebnisanalyse die einzelnen Angebote mit den wesentlichen kostenrelevanten Daten sehr übersichtlich dargestellt.

Die Gesamtfinanzierung wird in drei Tranchen unterteilt:

I. Finanzierung der PTS Oberndorf - 25 Jahre Laufzeit - Zinsmargenfestschreibung: 25 Jahre

II. Finanzierung der Einrichtung der PTS Oberndorf - 10 Jahre Laufzeit - Zinsmargenfestschreibung: 10 Jahre

III. Finanzierung der HAK/HAS Oberndorf

Variante A): 10 Jahre Laufzeit - Zinsmargenfestschreibung: 10 Jahre

Variante B): 20 Jahre Laufzeit - Zinsmargenfestschreibung: 10 Jahre

Variante C): 20 Jahre Laufzeit - Zinsmargenfestschreibung: 20 Jahre

Für die Zwischenfinanzierung während der Bauzeit wird als Alternative eine Zinsberechnung auf Basis EONIA zuzüglich 0,44 %-Punkten angeboten. Dies stellt eine wesentliche Zinssatzverbesserung dar, da der EONIA in den letzten Jahren unter dem 6-Monats-Euribor liegt, was sich auch in den kommenden zwei Jahren kaum ändern dürfte.

Auf Basis der Vergleichsrechnung wird vom Analytiker das ausschreibungskonforme Angebot der BankAustria Unicredit Group als Bestgebot bezeichnet und zur Annahme empfohlen.

Bürgermeister Schröder hält zur Frage von Frau Mayrhofer betreffend eines von Dr. Souczek genannten Zinssatzes von 0,1 % fest, dass dieser 0,33 % zur Kenntnis genommen hat, denn 0,1 % gab es früher einmal, doch diese Konditionen gibt es nicht mehr.

Stadtrat Prem: Was haben wir nach 25 Jahren zurückbezahlt?

Herr Feichtinger: Wenn sich die Zinsen nicht verändern (was allerdings illusorisch ist), die jährliche Zahlung multipliziert mit 25.

Stadtrat Mag.(FH) Danner: Wie multipliziert der Bund selber? Vor Jahren haben wir mit 0,1 % beschlossen.

Herr Feichtinger: Mit knapp über 0,3 %; 0,1 %, das war vor der Finanzkrise.

Da keine Wortmeldungen mehr vorliegen, verliest der Bürgermeister den vorliegenden Beschlusstext und stellt den **Antrag auf Vergabe des Finanzierungsdarlehens an die Bank Austria UniCredit Group als Bestbieter in folgendem Umfang:**

- a) Für den Anteil der PTS mit einer Laufzeit von 25 Jahren in der Höhe von €3.156.225,00 mit einem Aufschlag auf den 6-Monats-Euribor von 0,43%-Punkten sowie die Zwischenfinanzierung von €7.000.000,00 mit einem Aufschlag auf den EONIA von 0,44%-Punkten.
- b) Für die Finanzierung der Einrichtung der PTS mit einer Laufzeit von 10 Jahren in der Höhe von €1.000.000,00 mit einem Aufschlag auf den 6-Monats-Euribor von 0,33%-Punkten sowie die Zwischenfinanzierung in der Höhe von €1.200.000,00 mit einem Aufschlag auf den EONIA von 0,44%-Punkten.
- c) Für die Finanzierung des Anteils der HAK/HAS nach Vorliegen der Entscheidung durch den Bund für folgende Varianten:
 - a. Die Finanzierung des Darlehens in der Höhe von €12.050.755,00 mit einem Aufschlag auf den 6-Monats-Euribor von 0,33%-Punkten und der Laufzeit von 10 Jahren sowie der Zwischenfinanzierung in der Höhe von €14.500.000,00 mit einem Aufschlag auf den EONIA von 0,44%-Punkten oder
 - b. die Finanzierung des Darlehens in der Höhe von €12.050.755,00 mit einem Aufschlag auf den 6-Monats-Euribor von 0,33%-Punkten und der Laufzeit von 20 Jahren mit einer Zinsmargenfestschreibung von 10 Jahren sowie der Zwischenfinanzierung in der Höhe von €14.500.000,00 mit einem Aufschlag auf den EONIA von 0,44%-Punkten oder
 - c. die Finanzierung des Darlehens in der Höhe von €12.050.755,00 mit einem Aufschlag auf den 6-Monats-Euribor von 0,40%-Punkten und der Laufzeit von 20 Jahren sowie der Zwischenfinanzierung in der Höhe von €14.500.000,00 mit einem Aufschlag auf den EONIA von 0,44%-Punkten.

Die Aufnahme der drei Darlehen erfolgt durch die Stadtgemeinde Oberndorf.

Offene Abstimmung (25 GV anwesend): 21 Stimmen dafür, 4 Stimmen dagegen (Fraktion der NOW und GV Hagmüller, FPÖ)

7. Stadtgemeinde Oberndorf Immobilien KG - Neubau HAK/HAS/PTS; Beauftragung Baufeldfreimachung/Außenanlagen

Folgender Amtsbericht liegt vor:

„Die Vorbereitungen für den Neubau der HAK/HAS/PTS sind in vollem Gange. Mit den Baumeisterarbeiten wird im Juli begonnen werden. Als vorbereitende Maßnahme wird bereits Ende April das alte „Schauerhaus“ (Bestandsobjekt Watzmannstraße 41) abgebrochen. Anschließend wird dann Mitte Mai mit den Arbeiten zur Baufeldfreimachung begonnen.

Es wird daher folgende Leistung gemäß dem beiliegenden Vergabevorschlag zur Beauftragung vorgeschlagen:

Baufeldfreimachung/Außenanlagen an die Fa. Felbermayr Bau GmbH & CO KG, 5020 Salzburg, mit einer Vergabesumme von netto 478.362,24.“

GV Tutschka: Ist die genannte Vergabesumme in den Baukosten enthalten oder muss die Stadtgemeinde als alleiniger Grundeigentümer dies tragen?

Bürgermeister: Dieser Betrag ist Bestandteil der Baukosten, das Angebot wurde sogar unterschritten.

2. Vizebgm. Mayrhofer: Was macht man für diesen Betrag?

Dipl.-Ing. Kettl erklärt, dass der Ausdruck „Baufeldfreimachung“ etwas zu klein gefasst wurde und hier z. B. auch die Straßenverlegung, Kanalarbeiten etc. enthalten sind, weiters sind die Außenanlagen, Parkplätze und Rampen zum Damm darin berücksichtigt. Mit Ausnahme des Sportplatzes und der Flächengestaltung einschließlich dem Platzbereich vor der Schule ist alles beinhaltet. Auch eine Gasleitungsumlegung, die Versetzung des Trafos, der Beleuchtung etc. werden im Rahmen dieser Summe durchgeführt, dadurch entstehen diese Kosten.

Auf die Anfrage von GV Illinger, was mit dem Beachvolleyball-Platz geschieht, antwortet ihm der Bürgermeister, dass dieser hinter das derzeit bestehende Schulgebäude verlegt wird.

Da keine Wortmeldungen mehr vorliegen, stellt der Bürgermeister den **Antrag, die Beauftragung der Firma Felbermayr gemäß dem vorliegenden Vergabevorschlag zu beschließen.**

Offene Abstimmung (25 GV anwesend): 21 Stimmen dafür, 4 Stimmen dagegen (Fraktion der NOW und GV Hagmüller, FPÖ)

8. Stadtgemeinde Oberndorf Immobilien KG - Übertragung der Pflichtaufgaben Hauptschule Oberndorf

Folgender Amtsbericht liegt vor:

„Analog der in der Sitzung vom 03.03.2010 erfolgten Übertragung der Pflichtaufgaben gemäß Salzburger Schulorganisations-Ausführungsgesetz 1995 für den Neubau der HAK/HAS/PTS sind auch die Pflichtaufgaben für die Hauptschule Oberndorf nochmals in Präzisierung des Beschlusses der Gemeindevertretung vom 23.02.2005 seitens der Stadtgemeinde an die Stadtgemeinde Oberndorf Immobilien KG zu übertragen.“

Bürgermeister Schröder erläutert den Amtsbericht und stellt fest, dass es hier um eine reine Formalsache geht.

Da keine Wortmeldungen vorliegen, stellt der Bürgermeister den **Antrag, die Pflichtaufgaben gemäß Salzburger Schulorganisations-Ausführungsgesetz 1995 der Stadtgemeinde Oberndorf an die Stadtgemeinde Oberndorf Immobilien KG zu übertragen.**

Offene Abstimmung (25 GV anwesend): Wird einstimmig beschlossen.

9. Aufträge, Anschaffungen

Keine!

10. Subventionen

10.1. Liedertafel - Stadtkapelle

Mit Schreiben vom 14. April 2010 ersucht die Liedertafel für die Fahrt zu einem Konzert des Partner-Chors Frohsinn vom 22. - 24. Mai nach Oberndorf am Neckar um Fahrtkostenzuschuss. Gleichzeitig ersucht die Stadtkapelle mit Schreiben vom 19. April 2010 um Übernahme der Buskosten in der Höhe von € 1.500,- für die Fahrt zum Stadtfest nach Oberndorf am Neckar vom 10. - 11. Juli.

Der Bürgermeister stellt den **Antrag, den beiden Vereinen jeweils €1.500,- für die Fahrtkosten mit dem Bus nach Oberndorf am Neckar zu gewähren.**

Offene Abstimmung (23 GV anwesend - die Gemeindevertreter Danner und Reitsamer waren nicht im Sitzungszimmer): Wird einstimmig beschlossen.

10.2. Klimabündnis

Das Klimabündnis Österreich ersucht mit Schreiben vom 8. März um den alljährlichen Beitrag. Es wird vorgeschlagen, in Anlehnung an das Vorjahr für 2010 € 200,- Mitgliedsbeitrag, € 480,40 für die regionale Arbeit und € 480,40 als Beitrag zur Bündnispartnerschaft, also insgesamt € 1.160,80, dem Klimabündnis Österreich zu überweisen.

Der Bürgermeister stellt den **Antrag, €1.160,80 dem Klimabündnis Österreich zu überweisen.**

Offene Abstimmung (23 GV anwesend - die Gemeindevertreter Danner und Reitsamer waren nicht im Sitzungszimmer): Wird einstimmig beschlossen.

10.3. Tourismusverband - Sonnwend

Der Tourismusverband Oberndorf plant für 26. Juni 2010 die Durchführung der Großveranstaltung „Sonnwend auf der Salzach“ und ersucht um finanzielle Beteiligung und Bewilligung. Es könnten möglicherweise Ausgaben auftreten, die über die Budgetierung hinausgehen. Wir haben einen Grundsatzbeschluss mit dem Teilungsschlüssel 50 : 50. Es ist jedoch ein Beschluss für die Abwicklung der Feier erforderlich. Ein Sicherheitsdienst muss vorgeschrieben werden. Die Kosten dafür sind noch nicht bekannt.

Der Bürgermeister stellt den **Antrag, die Durchführung der Feier zu genehmigen und die Ausfallhaftung zu 50 % zu übernehmen.**

Offene Abstimmung (24 GV anwesend - Stadtrat Danner war nicht im Sitzungszimmer): Wird einstimmig beschlossen.

10.4. Sperrstunde für Außenveranstaltungen

Immer wieder gibt es Diskussionen über eine Verlängerung der Sperrstunde für Außenveranstaltungen. Es wird vorgeschlagen, wie bisher die Sperrstunde mit 24.00 Uhr zu belassen. Der Beschluss soll aufrecht bleiben.

Wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

11. Allfälliges

11.1. Termin Umweltausschuss-Sitzung

Bürgermeister Schröder ersucht die Vorsitzende des Umweltausschusses um Terminvereinbarung für eine Sitzung wegen des Radfahrkonzeptes für Oberndorf. Der Entwurf liegt vor, Dipl.-Ing. Krammer wird ihn vorstellen.

11.2. Verkehrsspiegel in der Salzburger Straße

GV Hagmüller fragt an, ob es möglich ist, bei der Ausfahrt vom Objekt Winkler Walter am Gastag einen Verkehrsspiegel zu montieren.

Dr. Schäffer erklärt die Sachlage. Die Kosten für den Spiegel, dessen Anbringung, die in Absprache mit der Polizei zu erfolgen hat, sowie die Betreuung muss der Ansuchende übernehmen. Überdies ist eine straßenrechtliche Verhandlung durchzuführen. Dies ist die derzeit geltende Regelung für Privatausfahrten.

11.3. Arbeitsgruppe für Einsatz von Ehrenamtlichen

GV Dipl.-Ing. Weiner fragt an, ob es jene Arbeitsgruppe für den Einsatz von Ehrenamtlichen, deren Einrichtung im November im Sozialausschuss beschlossen wurde, bereits gibt.

Bürgermeister Schröder erwidert, dass dieses Thema im Lenkungsausschuss beraten wurde. Überdies wurde in Spital an der Drau ein entsprechendes Konzept präsentiert. Demnächst soll eine erste Gesprächsrunde mit den handelnden Personen stattfinden, die sich zusammensetzen wird aus den leitenden Personen der SWH-Verwaltungsgemeinschaft, dem Amtsleiter und jeweils zwei Ehrenamtlichen aus Oberndorf und Bürmoos.

Dr. Schäffer ergänzt, dass Fachfrau in diesen Fragen die Pflegedienstleiterin des Krankenhauses sei. Frau Jerabek hat in diesem Bereich Erfahrung, sie hat auch in der Pflegeschule in Niederösterreich unterrichtet. Es werden demnächst die entsprechenden Vorbereitungen getroffen. Das Konzept soll im Herbst 2010 fertig gestellt sein.

Bürgermeister Schröder ersucht Stadträtin Petzlberger und Gemeindevertreter Dipl.-Ing. Weiner als Ehrenamtliche an dieser Arbeitsgruppe teilzunehmen.

11.4. Diverses

1. Vizebgm. Feichtner stellt fest, dass einige Gemeindevertreter der Meinung waren, der Standort für den Schulneubau HAK/HAS/PTS sei teuer.

Bürgermeister Schröder: Fakt ist, dass es hier um Nutzflächen geht, die errechnet werden. Die Nutzfläche ist das Maß der Dinge. Ich habe das rechnen lassen. Kostenkennwerte von vergleichbaren Projekten wurden herangezogen. Für die PTS Oberndorf ergibt sich bei einer Nutzfläche von 2039 m² ein Preis von € 2.619,-- (Fertigstellung 2012). Beim vergleichbaren Projekt: Hier errechnet sich ein Nutzflächenpreis von € 2.705,-- pro m². Durch die Zusammenarbeit mit dem Bund, sprich durch die gleichzeitige Unterbringung der Bundesschulen konnte bei uns eine enorme Kompaktheit des Gebäudes erreicht werden, was natürlich kostengünstiger ist.

GV Rosenstatter: An der Ausfahrt von der Paracelsusstraße in die B 156 gibt es einen Parkplatz, der weggenommen werden sollte, zumindest während der Bauzeit am Krankenhaus, um das Ein- und Ausfahren vor allem auch für den Lkw-Verkehr zu erleichtern.

Bürgermeister Schröder erwidert, dass dies jedenfalls bei der nächsten Straßenrechtsverhandlung mit der Polizei angesehen wird.

GV Oberer stellt die Anfrage, ob sich in der Rechtsangelegenheit Dr. Auer/Dr. Greger schon etwas ergeben hat.

Bürgermeister Schröder hält fest, dass die zuständige Richterin sich für befangen erklärt hat.

11.5. Pflichten der Gemeindevertreter - Protokollzusendung

2. Vizebgm. Mayrhofer: Zum Schreiben, das an alle Gemeindevertreter ergangen ist, weshalb sich die Protokollzusendung geändert hat, gibt es noch etwas zu sagen bzw. die Frage, wie dies zu interpretieren ist, denn der Grund, warum das Protokoll der Gemeindevorstellung nicht mehr versandt wird, ist unklar.

Bürgermeister: Der Vorfall ist bekannt, dass unerlaubter Weise ein GR-Protokoll weitergegeben wurde.

In der Salzburger Gemeindeordnung ist festgehalten, dass Protokolle von Gemeindevertretungssitzungen den Fraktionen zuzustellen sind und erst nach Beschlussfassung ins Internet gestellt werden, wo sie dann für jeden Gemeindevertreter zur Einsichtnahme zur Verfügung stehen. Gemeindevorstandsprotokolle dürfen überhaupt nicht versandt werden. Wenn jemand Einsicht nehmen will, muss er das im Amt machen. Für alle anderen Belange bzw. für Unterlagen aus dem Sitzungsordner ist beim Bürgermeister um Einsichtnahme zu ersuchen und um Freigabe, dass der Sachbearbeiter die Einsicht gewähren kann.

Wir waren uns hinsichtlich der Zustellung von Protokollen in der Gemeindevertretung immer einig. Aufgrund eines kürzlich stattgefundenen Gesprächs mit der Gemeindeaufsicht und des jüngsten Anlassfalles ist diese Vorgangsweise bis auf weiteres hinfällig und wir werden uns strikt an die Gemeindeordnung halten.

Die Diskussion in der betreffenden Angelegenheit wurde deshalb im Gemeindevorstand geführt, weil sie nicht öffentlich ist und jeder in diesem Gremium sagen kann und auch soll, was er möchte, ohne dass es jemand erfährt. Im Übrigen war das Protokoll noch gar nicht beschlossen.

Die Gemeindeordnung sieht weiters vor, dass über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt eine Geheimhaltung zu beschließen ist. In Zukunft werden wir dies so machen.

2. Vizebgm. Mayrhofer: Der Anlassfall meiner Protokollweitergabe ist nicht der Grund, warum die Gemeindevertretungsprotokolle nicht mehr versandt werden, vielmehr hätten sie laut Gemeindeordnung gar nicht versandt werden dürfen. Der einzige Grund, warum sie also nicht mehr ausgesandt werden, ist der, dass es nicht hätte sein dürfen. Es wird allerdings eine neue Verordnung des Landes geben, nach der es aus heutiger Sicht eine Entwicklung in die Richtung geben wird, dass ab 1. Juli die Gemeindevertretungsprotokolle versandt werden müssen.

An dieser Stelle verteilt Frau Mayrhofer einen Text an die Fraktionsführer. Der Text ist ein Auszug (Seite 22) aus der Gemeindeordnung, zu finden auch unter folgendem Link im Internet: http://www.salzburg.gv.at/572-pdf-gemeindeordnung_2007_hundsberger-2.pdf.

Zum Thema „Verschwiegenheitspflicht“ ist hier wie folgt niedergeschrieben:

Die Verschwiegenheitspflicht der Mitglieder der Gemeindevertretung erstreckt sich auf die ihnen ausschließlich in Ausübung ihres Mandates bekannt gewordenen Tatsachen, deren Geheimhaltung im Interesse der Gemeinde, einer sonstigen Gebietskörperschaft oder der Parteien geboten ist; sie besteht insbesondere dann, wenn die Behandlung eines Verhandlungsgegenstandes für vertraulich erklärt wurde. Die Verschwiegenheitspflicht besteht auch nach Enden des Mandates weiter.

Weiters hat es an den Sitzungen der Gemeindevertretung (Vorstellung, Ausschüsse) teilzunehmen, sofern es nicht verhindert ist und hat das Amtsgeheimnis zu wahren.

Frau Mayrhofer hält weiters fest: Es geht nur um den Inhalt aus der Gemeindevorstandssitzung, den ich transportiert habe. Ich habe mir - auch laut Aussage von Mag. Hundsberger von der Abteilung 11 - nichts zu Schulden kommen lassen. Für mich sieht es so aus, als möchte mich jemand beschmutzen. Ich versuche mich nur einzubringen, wo ich denke, dass ich es auch tun soll.

Es entwickelt sich eine ausführliche Diskussion zum Thema „Vertraulichkeit“.

Stadtrat Mag.(FH) Danner: Entscheidend ist: wurden Informationen, „die den Gemeindevertretern ausschließlich in Ausübung ihres Mandates bekannt geworden sind“, weitergeben. Jene Punkte, um die es in diesem Fall geht, sind nicht ausschließlich in Ausübung des Mandates bekannt geworden, das sieht auch Mag. Hundsberger so.

Stadtrat Innerkofler: Man kann viel hineininterpretieren. Tatsache ist: es wurde ein Ehrenkodex verletzt. Es war immer klar, dass gewisse Sachen nicht hinausgetragen werden.

Stadtrat Stranzinger: Ich möchte völlig parteifrei feststellen, dass früher die Spielregeln immer eingehalten wurden. Warum ist das heute nicht mehr möglich?

Stadtrat Mag.(FH) Danner: Das hat nichts mit einem Sinneswandel zu tun, das ist eine Frage, wie man auf gewisse Dinge reagiert. Die Reaktion auf diesen Einzelfall ist meiner Meinung nach überzogen. Es scheint sich in eine Richtung zu entwickeln, dass jeder einen Anwalt haben muss, der darauf achtet, was man reden darf und was nicht. Es wurde von Sabine Mayrhofer sicherlich nichts weitergegeben, was nicht auch durch andere Informationsquellen bekannt war.

1. Vizebgm. Feichtner richtet an Stadtrat Prem die Frage, der seit 1997 in der Gemeindevertretung ist, ob er jemals Informationen weitergegeben habe. Er möchte unterstellen, dass dies hier bewusst passiert ist.

Stadtrat Prem erwidert, dass er niemals Informationen weitergegeben habe. Es gab lediglich einmal eine Sitzung, wo dann am nächsten Tag etwas in der Zeitung zu lesen war. Darüber gab es danach aber eine kurze Aussprache, so war das erledigt. Sabine Mayrhofer ist das eben einmal passiert.

1. Vizebgm. Feichtner zu Stadtrat Danner: Du bist seit 1987 in der Gemeindevertretung. Hast du einmal Informationen weitergegeben?

Stadtrat Mag.(FH) Danner: Ich kann mich nicht erinnern.

Bürgermeister: Sabine Mayrhofer ist ausgebildete Gemeindevertreterin und weiß, was sie weitergeben darf und was nicht. Ich habe - wie bereits erwähnt - besagtes Thema damals in der Gemeindevorstellung behandeln lassen, damit es ausdiskutiert werden kann, ohne dass es hinausgeht und damit es geheim bleibt. Es wurde ein Protokollteil weitergegeben, ein sog. „Auszug“ (also nicht nur der Inhalt auf mündlichem Weg), der noch nicht einmal beschlossen war. Es hätten z. B. ja auch Fehler enthalten sein können, die zum Nachteil wären. Es ist einfach Vertrauenssache, dass derartige Dinge nicht weitergegeben werden.

Tatsache ist, dass das, was wir seinerzeit (bereits bei meinen Vorgängern Dr. Traintinger und Kinzl) vereinbart haben und auch immer funktioniert hat, nämlich dass jeder ein Protokoll erhält, um gut informiert zu sein, offenbar nicht mehr möglich ist. Ich habe Mag. Hundsberger auch mitgeteilt, dass wir dies sofort einstellen und die Gesetzesnovelle abwarten werden.

Ich bitte an dieser Stelle nochmals, sich zukünftig wirklich daran zu halten, dass Dinge, die geheim sind, nicht weitergegeben werden. Wenn Themen mit einem Sachbearbeiter im Haus

zu besprechen sind, bitte ich, vorher bei mir nachzufragen, ob diese Sache besprochen werden darf oder nicht.

Stadtrat Mag.(FH) Danner: Das steht nicht in der Gemeindeordnung!

Dr. Schäffer verliest die Gesetzesstelle (§ 24 (3) Sbg. GdO 1994) wie folgt:

Die Mitglieder der Gemeindevertretung sind in Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches der Gemeinde befugt, vom Bürgermeister und jenen Mitgliedern der Gemeindevorsteherung, die mit der Besorgung von Angelegenheiten gemäß § 39 Abs. 1 beauftragt sind, die Einsichtnahme in einzelne Verwaltungsakte zu begehren. Einem solchen Begehren ist zu entsprechen, wenn nicht wichtige Gründe dagegen vorliegen; die Ablehnung eines solchen Begehrens ist auf Verlangen schriftlich zu begründen. Akten über Verwaltungsangelegenheiten, die im Einzelfall Abgaben, Entgelte, Tarife u. dgl. zum Gegenstand haben, die Gemeindebedienstete betreffende Akten sowie Unterlagen über Personen in Kranken- und sonstigen Anstalten der Gemeinde sind von der Einsichtnahme ausgenommen. Soweit die Einsichtnahme gewährt wird, können vom Gemeindevertretungsmitglied im Gemeindeamt auch Ablichtungen über die eingesehenen Akten zum Zweck seiner Vorbereitung auf einen bestimmten Tagesordnungspunkt der nächsten Sitzung der Gemeindevertretung angefertigt werden.

11.6. Schließung Postämter

Bürgermeister Schröder informiert, dass die Postämter in Anthering und Neumarkt zuge-sperrt werden sollen. Seinen Informationen zufolge sollen nur mehr insgesamt neun Postämter im Bundesland Salzburg übrig bleiben. Das Postamt Oberndorf sei angeblich nicht gefährdet. Sollte GV Illinger andere Informationen haben, möchte er diese bekannt geben.

GV Illinger hat die Information, dass derzeit geprüft wird. Er hofft auch, dass Oberndorf nicht betroffen ist, denn es würden wertvolle Arbeitsplätze verloren gehen. Doch es sei leider noch nicht alles vorbei, es bestünde jedoch Hoffnung.

Da keine Wortmeldungen mehr vorliegen, schließt der Bürgermeister die Sitzung um 20.56 Uhr.

Die Schriftführerin:
gez. Gabriele Niederstrasser eh.

Der Vorsitzende:
gez. Bürgermeister Peter Schröder eh.

Beschlussfassungsprotokoll GV v. 21.04.10

TOP	Beschluss	erledigt am	erledigt von
2.	Protokoll vom 03.03.2010		
4.	Jahresrechnung 2009		
5.	Jahresrechnung 2009 Stadtgemeinde Oberndorf Immobilien KG		
6.	Stadtgemeinde Oberndorf - Vergabe Finanzierungsdarlehen für Schulneubau HAK/HAS/PTS		
7.	Stadtgemeinde Oberndorf Immobilien KG - Beauftragung Baufeldfreimachung/Außenanlagen f. Schulneubau HAK/HAS/PTS		
8.	Stadtgemeinde Oberndorf Immobilien KG - Übertragung Pflichtaufgaben Hauptschule		
10.1. - 10.3.	Subventionen		